

Kleine Anfrage

## PFAS – aktuelle Situation

---

Frage von Landtagsabgeordneter Walter Frick

Antwort von Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni

### Frage vom 04. September 2024

Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (kurz: PFAS) werden seit den 1950er-Jahren vielfältig verwendet, zum Beispiel in Feuerlöschschäumen, Lebensmittelverpackungen, Skiwachs, Kältemitteln, Textilien, und diese sind sehr stabil. Auch PFAS-belasteter Klärschlamm ist bis 2007 legal in den Ackerflächen ausgebracht worden. PFAS reichern sich im menschlichen Körper an und bedrohen unsere Gesundheit. In einer Kleinen Anfrage vom März 2023 und einer neuerlichen Anfrage im April 2024 hatte die Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni bereits verschiedene Ausführungen gemacht.

Nun konnten die kantonalen Behörden vom Kanton St. Gallen neuerlich und hoch aktuell in sechs Gemeinden PFAS-Chemikalien im benachbarten Rheintal im Boden nachweisen. Deshalb wurden das Fleisch und die Milch der Kühe, welche auf diesen Böden grasten, sowie Quellwasser in betroffenen Gebieten untersucht. Teils wurden erhöhte oder zu hohe PFAS-Werte festgestellt. Hierzu nun meine Fragen:

- \* Internationale Studien im PFAS-Bereich sind bereits im Gange. In Koordination mit dem schweizerischen Bundesamt für Umwelt wird die australische Studie verfolgt zusammen mit allen anderen wissenschaftlichen Arbeiten, wie es im April 2024 hiess. Wie weit geben uns diese Studien nun Aufschluss über die Situation in Liechtenstein?
- \* Im April 2024 hiess es, der Auftrag bezüglich eines landesweiten Projekts zur Vorselektion von Standorten im Zusammenhang mit fluorhaltigem Feuerlöschschaum wäre noch in Bearbeitung, da zu den 63 abzuklärenden Übungsplätzen noch rund 30 weitere hinzugekommen wären. Wie ist hier der aktuelle Stand?
- \* Da sich Liechtenstein an den in der EU und der Schweiz verordneten Grenzwerte oder Verbote des Einsatzes von PFAS-Stoffgruppen orientiert, würde ich gerne wissen, ob es seit der Beantwortung der Kleinen Anfrage im April 2024 neue Entwicklungen auf der gesetzlichen Ebene in der EU und der Schweiz beziehungsweise konkrete Verordnungen gibt. Ist es nicht viel zu spät, solche Verordnungen gleich mit der Schweiz erst im Juni 2025 umzusetzen?

- \* Der Kanton St. Gallen hat kürzlich den Verkauf von PFAS-belastetem Fleisch und Milch durch die kantonale Gesundheitsbehörde gestoppt. Werden in Liechtenstein durch das zuständige Amt Lebensmittelkontrollen auf PFAS-Belastungen durchgeführt? Wurden die Grenzwerte eingehalten und sofern nicht kontrolliert wird, warum nicht?

## **Antwort vom 06. September 2024**

Zu Frage 1:

Die australische Studie trägt Messdaten von Grundwasser und Oberflächengewässern zusammen. In diese sind jedoch keine Messwerte aus Liechtenstein eingeflossen. Insofern gibt die Studie keine Aufschlüsse über die Situation in Liechtenstein. Das Amt für Umwelt hat 2023 stichprobenweise Oberflächengewässer auf PFAS hin untersucht und es konnten keine erhöhten Konzentrationen festgestellt werden.

Zu Frage 2:

Die Untersuchungen befinden sich noch in Arbeit. Der Fokus liegt auf Flächen, auf welchen altlastenrechtliche Untersuchungen laufen. Dies betrifft insbesondere Übungsplätze der Feuerwehren.

Zu Frage 3:

Die in der Kleinen Anfrage vom April 2024 genannten Regulierungsvorhaben in der EU und der Schweiz wurden noch nicht verabschiedet. Für die Stoffgruppe PFAS ist eine von der EU und der Schweiz unabhängige Vorgehensweise nicht vorgesehen und wird nicht als sinnvoll erachtet.

Zu Frage 4:

In Liechtenstein wird seit 2022 das Trinkwasser jährlich auf Rückstände von PFAS untersucht. Sämtliche Trinkwasserproben, die auch die Grundwasserpumpwerke umfassen, waren bis heute nicht zu beanstanden. Die Ergebnisse dieser Trinkwasseruntersuchungen liefern derzeit keinen Hinweis dahingehend, dass landwirtschaftliche Flächen im Einzugsgebiet dieser Trinkwassergewinnungsanlagen mit PFAS belastet sein könnten. Mit der Untersuchung von Lebensmitteln wird in enger Abstimmung mit der Schweiz und nach Verfügbarkeit entsprechend akkreditierter Untersuchungsmethoden in den nächsten Monaten auch in Liechtenstein begonnen.